FREIHEITLICHE WIRTSCHAFT SALZBURG

ANTRAG 11.04.

Herrn Präsident
KommR Peter Buchmüller
Wirtschaftskammer Salzburg
Julius-Raab-Platz 1
5027 Salzburg

Salzburg, am 27. Oktober 2026

ANTRAG

an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Salzburg am 17. November 2026

Energiekosten endlich senken – Beschluss des Wirtschaftsparlaments umsetzen und Standort sichern

Das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Salzburg hat am 19. Mai 2026 den Antrag der Freiheitlichen Wirtschaft „Energiepreise drastisch senken – Wettbewerbsfähigkeit des Standorts sichern!“ mehrheitlich angenommen. Gefordert wurden unter anderem die Abschaffung der CO_2-Abgabe für Unternehmen, ein Gewerbediesel, eine grundlegende Reform des Strompreissystems sowie eine deutliche Reduktion energiebezogener Steuern, Abgaben und Netzkosten.

Trotz dieses klaren Beschlusses bleibt der Handlungsdruck hoch. Energie ist für heimische Unternehmen weiterhin ein entscheidender Kosten- und Wettbewerbsfaktor. Gerade Industrie, produzierendes Gewerbe, Transport, Handel, Gastronomie und Tourismus sind auf dauerhaft leistbare und planbare Energiepreise angewiesen.

Die Freiheitliche Wirtschaft hat zuletzt erneut darauf hingewiesen, dass nicht nur der reine Energiepreis, sondern die Gesamtkosten des Systems betrachtet werden müssen: Erzeugung, Netze, Speicher und Regelenergie ebenso wie Steuern, Abgaben und CO_2-Kosten. Ein immer teurer werdendes Energiesystem darf nicht über höhere Netzentgelte, neue Umlagen oder zusätzliche Klimaabgaben auf die Betriebe überwälzt werden.

Auch die angekündigte Neuordnung der Netzentgelte darf nicht zu einer versteckten Mehrbelastung für Unternehmen führen. Gerade kleine und mittlere Betriebe können teure Lastmanagement-, Speicher- oder Energiemanagementsysteme nicht kurzfristig finanzieren. Notwendig sind transparente Regeln, verlässliche Übergangsfristen und eine Tarifgestaltung, die Investitionen ermöglicht statt bestraft.

Gleichzeitig braucht Salzburg ausreichend gesicherte Kraftwerksleistung, Speicher und eine technologieoffene Energiepolitik. Der Ausbau von Erzeugung und Netzen muss sich an tatsächlichem Bedarf, Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit orientieren. Heimische Wasserkraft, vorhandene und neue gesicherte Kapazitäten sowie die Nutzung heimischer Energieressourcen müssen dabei ohne ideologische Scheuklappen berücksichtigt werden.

Leistbare Energie ist keine Nebenfrage, sondern eine Grundvoraussetzung für Produktion, Investitionen, Arbeitsplätze und Wertschöpfung in Salzburg. Die Wirtschaftskammer muss daher den bereits beschlossenen Kurs konsequent weiterverfolgen und gegenüber Bundesregierung und Europäischer Union konkrete, messbare Entlastungen einfordern.

Die unterzeichneten Delegierten stellen daher folgenden

ANTRAG

Der Präsident sowie die Organe der Wirtschaftskammer Salzburg werden aufgefordert, sich im Zuge der WKÖ auf nationaler bzw. EU-Ebene mit Nachdruck für ein umfassendes Energiekosten-Entlastungspaket für Österreichs Betriebe einzusetzen und insbesondere folgende Maßnahmen zu verlangen:

- **CO_2-Bepreisung abschaffen:** Die nationale CO_2-Bepreisung ist ersatzlos zu streichen. Auf EU-Ebene ist auf eine Aussetzung und grundlegende Rücknahme der CO_2-Kosten im Emissionshandel, insbesondere von ETS und ETS 2, hinzuwirken; bis dahin sind Unternehmen vollständig von zusätzlichen Belastungen zu entlasten.
- **Energiesteuern und Abgaben deutlich senken:** Elektrizitäts- und Erdgasabgabe sind auf das unionsrechtlich zulässige Mindestmaß zu reduzieren. Weitere energiebezogene Abgaben und Umlagen sind zu senken bzw. auszusetzen; neue Belastungen auf Strom, Gas und betriebliche Energie sind abzulehnen.
- **Strompreissystem grundlegend reformieren:** Preisbildungsmechanismen sind so weiterzuentwickeln, dass die kostengünstig erzeugte Energie aus Wasserkraft tatsächlich bei Betrieben und Verbrauchern ankommt. Die künstliche Verteuerung durch indirekte CO_2-Kosten ist unverzüglich zu beenden. Der europäische CO_2-Zertifikate Handel ETS ist insbesondere für Energieerzeugung zu beenden.
- **Netzkosten begrenzen und planbar machen:** Die Reform der Netzentgelte darf zu keiner zusätzlichen Belastungswelle für Gewerbe und Industrie führen. Erforderlich sind transparente Tarife, verlässliche Übergangsregelungen, eine verursachungsgerechte Kostenverteilung und ein Netzausbau nach tatsächlichem Bedarf statt nach politischen Ausbauzielen.
- **Versorgungssicherheit vor Ideologie:** Österreich braucht ausreichend gesicherte heimische Kraftwerksleistung und Speicher. Wasserkraft, flexible Gaskraftwerke, Speichertechnologien und heimische Energieressourcen sind technologieoffen zu nutzen und weiterzuentwickeln.
- **Betriebliche Mobilität entlasten:** Als Sofortmaßnahme ist die Mineralölsteuer zu halbieren; zusätzlich ist ein dauerhaftes Gewerbediesel-Modell für betrieblich eingesetzte Kraftstoffe vorzusehen, um Transport, Gewerbe und Produktion international wettbewerbsfähig zu halten.

- **Keine neuen Energiebelastungen ohne Standortprüfung:** Jede neue nationale oder europäische Energie-, Klima- oder Netzkostenregelung ist vor ihrer Einführung einer verbindlichen Folgenabschätzung für KMU, Industrie und Wettbewerbsfähigkeit zu unterziehen. Gold Plating und nationale Sonderbelastungen sind auszuschließen.

Ing. Markus BREITFUß
Delegierter zum Wirtschaftsparlament

Norbert RANFTLER
WKS-Vizepräsident, Fraktionsobmann

KommR Bmst. Erasmus BRANDSTÄTTER
Delegierter zum Wirtschaftsparlament